

**INTERNATIONAL
EXPERT NETWORK
RUSSIA**



Zentrum
Liberale
Moderne

RUSSLAND NACH PUTIN – SZENARIEN DES WANDELS

- Ein optimistischer aber realistischer Ausblick
- Wie der Westen sich auf die Zeit nach Putin vorbereiten sollte

Zwei Paper von Wladimir Milow und Maria Domańska

LibMod Policy Paper

INHALT

Was ist Russlands Zukunft?

Vorwort von Ralf Fücks 3

1. Zukunftsszenarien für Russland – ein optimistischer aber realistischer Ausblick

von Wladimir Milow 4

Zusammenfassung 4

Status quo mit Putin oder einer anderen Führungsfigur 5

Szenario 1 – Radikalisierung des Regimes 8

Szenario 2 – Demokratischer Wandel 11

Warum Zerfalls-Szenarien haltlos sind 12

Weder Zerfall noch Radikalisierung noch Demokratisierung
sind wahrscheinlich 17

2. Russland neu erfinden – Wie sich der Westen auf die Zeit nach Putin vorbereiten sollte

von Maria Domańska 18

Zusammenfassung 18

I. Krieg als Fortführung innenpolitischer Ziele 18

II. Chancen für die Zeit nach Putin 20

III. Der Fetisch vom stabilen Russland:
Nur eine schlaue Manipulation 21

IV. Die russische Gesellschaft: fatalistisch,
aber nicht „genetisch autoritär“ 23

V. Eine neue „Zeit der Wirren“ ist nicht zwingend 25

Fazit 26

Diese Paper sind im Rahmen des vom Auswärtigen Amt geförderten Projekts „Russland und der Westen: Europäische Nachkriegsordnung und die Zukunft der Beziehungen zu Russland“ erschienen. Ihre Inhalte geben die persönliche Meinung der Autor/innen wieder.

Mehr zu dem Projekt finden Sie unter <https://libmod.de/network-russia>.

Deutsche Übersetzung von Hanne Wiesner, Redaktion: Nikolaus von Twickel.

Titelbild: Imago / Montage von Oliver Geheeb

Vorwort

QUO VADIS RUSSLAND?

Die Frage, wohin sich das Land in Zukunft entwickeln könnte und was der Westen tun kann, um das zu beeinflussen, ist jetzt wichtiger denn je. Denn das Regime von Wladimir Putin hat sein Schicksal tief und unmittelbar mit dem Vernichtungskrieg gegen die Ukraine verknüpft. Die internationale Unterstützung für Kyjiw hat deshalb direkte Auswirkungen auf Russland: Eine militärische Niederlage könnte das Ende des Regimes einläuten.

Und trotzdem bleiben die Waffenlieferungen an die Ukraine hinter den Erwartungen Kyjiws zurück. Dahinter steckt offenbar nicht nur die Furcht vor einer Eskalation des Krieges. Immer wieder heißt es, dass Putin vielleicht das geringere Übel sei. Nach ihm drohe Chaos beziehungsweise ein „noch schlimmeres“ Regime.

Solche Argumente verkennen, dass es mit Putin kein Zurück zu einer friedlichen Koexistenz geben kann. Denn ein Regime, das zum eigenen Überleben immer mehr Repression im Inneren und Aggression nach Außen braucht, ist schon der Worst Case. Deshalb muss der Westen intensiv über ein Russland ohne Putin nachdenken. Statt uns vor einem Regimewechsel zu fürchten, sollten wir alles tun, um ihn zu beschleunigen. Russland ist nicht dazu verdammt, auf ewig eine finstere Macht zu sein: Eine Wende zum Besseren ist möglich.

Das ist der Tenor der beiden Zukunfts-Szenarien für Russland, die im Rahmen unseres Expert Network Russia erschienen sind. Der prominente russische Oppositionelle Wladimir Milow überrascht mit einer optimistischen Einschätzung. Die polnische Expertin Maria Domańska betont, dass ein Ende von Russlands autokratischer „Stabilität“ keine Bedrohung sondern eine Chance für nachhaltigen Frieden in Europa ist.

Ralf Fücks
Zentrum Liberale Moderne

Berlin, 13. Februar 2023

Über das Expert Network Russia

Russlands brutaler Angriffskrieg gegen die Ukraine zeigt deutlich, wie wichtig eine koordinierte und realistische westliche Politik gegenüber Moskau ist. Das Zentrum Liberale Moderne hat deshalb 2022 ein internationales Expert Network Russia aus der Taufe gehoben, das wichtige Stimmen in der Diskussion um den Umgang mit Russland bündelt. Neben Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Thinktanks umfasst das Netzwerk auch Medien und Zivilgesellschaft. Besonderen Wert legen wir auf die Mitarbeit von Expertinnen aus Osteuropa, der Ukraine und aus der russischen Opposition.

Über das Zentrum Liberale Moderne

In einer Zeit fundamentaler Veränderungen braucht es ein parteiübergreifendes Nachdenken über die Zukunft unseres Gemeinwesens und der internationalen Ordnung. LibMod will Sammelpunkt für Freigeister aus allen politischen Lagern sein und Antworten auf die großen Herausforderungen unserer Zeit suchen. Das Zentrum wurde 2017 von Marieluise Beck und Ralf Fücks gegründet.

1. ZUKUNFTSSZENARIEN FÜR RUSSLAND: EIN OPTIMISTISCHER ABER REALISTISCHER AUSBLICK

von Wladimir Milow

ZUSAMMENFASSUNG

Die jetzige Diktatur in Russland und ihre aggressive imperiale Politik spiegelt nicht den Willen der russischen Bevölkerung wider, sondern ist Ergebnis einer Machtergreifung durch eine Clique um Wladimir Putin. Die vergangenen Jahre haben gezeigt, dass die russische Gesellschaft eigentlich Demokratie und normale Beziehungen zum Westen wünscht.

Das herrschende Regime wird sich nicht ändern, solange Putin an der Macht ist. Aber wenn er eines Tages abtritt, ist ein demokratischer Wandel viel wahrscheinlicher als eine weitere Radikalisierung. Denn die Kosten der jetzigen imperialistischen Politik sind enorm, während jede Form der Liberalisierung riesige Vorteile bringt. Deshalb wird es für die opportunistischen Eliten, die bisher Putin unterstützt haben, rational sein, einen konzilianteren Kurs einzuschlagen.

Vorhersagen, dass Russland auseinanderbrechen wird wie einst die Sowjetunion, beruhen auf falschen Annahmen. Die nichtrussischen Regionen haben nicht annähernd so viel Nationalbewusstsein wie die Sowjetrepubliken 1991. Außerdem wäre es für sie enorm schwierig, außerhalb des russischen Staatsverbundes zu überleben. Separatistische Bestrebungen haben nur wenig Rückhalt in der Bevölkerung, aber Rufe nach mehr Selbstbestimmung können helfen, ein demokratisches Russland zu einer echten Föderation zu machen.

Der Weg Russlands zu einer echten Demokratie mag noch weit sein, aber die Grundvoraussetzungen dafür – der Wunsch nach Demokratie und die Ablehnung von Autokratie – sind vorhanden. Die westlichen Demokratien sollten aus ihren Fehlern lernen und den kommenden demokratischen Wandel in Russland unterstützen statt ihn zu brüskieren.

Ein optimistischer aber realistischer Ausblick

Es ist nicht leicht, über mögliche Zukunftsszenarien für ein Russland nach dem Krieg zu sprechen. Die politische Debatte in Russland wird traditionell vom Status quo beherrscht: ein rücksichtsloses, repressives Unrechtsregime ohne moralische Skrupel, das noch immer über erhebliche Ressourcen verfügt, und eine passive Zivilgesellschaft, die scheinbar jedes auch nur annähernd unabhängige politische Verhalten abgelegt hat.



Wladimir Milow ist ein russischer Oppositionspolitiker, Publizist und Energieexperte.

Dabei darf man aber folgendes nicht vergessen: Das politische System in Russland glich in den letzten 50 Jahren einer Achterbahnfahrt, trotz ständiger Beteuerungen der Herrschenden, dass, wenn „der Sozialismus im Stile Breschnews für immer existiert“, auch „die Demokratie für immer existiert“. Dasselbe wird nun

über Putins Regime gesagt, auch es sich nur mit Mühe halten kann. Russlands Ressourcen sind knapp und schwinden, der monopolistische Dirigismus in der Wirtschaftspolitik funktioniert nicht, und China ist nicht daran interessiert, strategisch in den globalen Aufstieg eines neuen Russlands zu investieren. Nach einem Jahrzehnt sinkender Lebensstandards – die Russen sind im Durchschnitt 15 Prozent ärmer als vor der Krim-Annexion 2014 – haben die Menschen ihre Lage satt. Seit 2008 fallen Putins Beliebtheitswerte: Diesem Trend konnte er nur mit extremen Maßnahmen wie der Krim-Annexion (deren positive Wirkung nicht lange anhielt) und dem Einmarsch in die Ukraine 2022 entgegensteuern. Das aktuelle System ist offensichtlich nicht in der Lage, der russischen Bevölkerung einen Weg nach vorne, geschweige denn eine Zukunftsvision zu bieten.

All das weist darauf hin, dass Veränderungen bevorstehen. Doch wie genau könnten die aussehen?

Status quo mit Putin oder einer anderen Führungsfigur

Solange Putin alles kontrolliert, kann von politischen Veränderungen in Russland natürlich keine Rede sein. In den über 20 Jahren, die er an der Macht ist, hat er die Elite im klassischen politischen Sinne zerstört – was in den Medien als „Elite“ bezeichnet wird, sind meist Leute ohne eigene politische Basis, die völlig abhängig von Putin sind und aus Angst vor politischer Verfolgung nicht mehr eigenständig agieren können. Darüber hinaus hat Putin die organisierte Opposition zerschlagen, die Mehrheit der Bevölkerung entpolitisiert und mit Repressionen zu Tode erschreckt. Er glaubt, die Kontrolle ewig in der Hand halten zu können, und hat ein komplexes System errichtet, um sich gegen jede Art von Komplott oder Putschversuch zu schützen (dieses Thema wäre eine eigene Untersuchung wert).

Was auch immer Putin im Einzelnen über seine Mission, seine Ziele und seine Rolle in der Geschichte denken mag, das mentale Muster ist klar: Er weiß es besser als alle anderen und hält sich für einen einzigartigen Führer von globaler Bedeutung, der viele Jahre und Schwierigkeiten überstanden hat, ohne ständiger Rotation unterworfen zu sein, wie andere Staatsoberhäupter oder russische Polit-Schwergewichte. Der Glaube an die eigene Einzigartigkeit treibt sein Denken gerade sehr stark an, und solange er an der Spitze steht, wird das wohl auch so bleiben.

Doch früher oder später wird Putin gehen. Und es gibt Grund zu der Annahme, dass seine Nachfolger – auch wenn sie zunächst die Fassade eines ähnlich gefestigten imperialistischen Regimes aufrechterhalten – versuchen werden, eine deutliche Kehrtwende in der Innen- und Außenpolitik einzuleiten.

Dafür sprechen unter anderem folgende Gründe:

- Putins Elite besteht mehrheitlich aus reinen Opportunisten, die sich nicht an eine bestimmte Ideologie gebunden fühlen. Es gibt namhafte Ausnahmen wie Nikolai Patruschew, den Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, und möglicherweise einige andere „Ajatollahs“ an der Spitze, aber sie sind in der Minderheit und haben nicht die Mittel, sich die Macht langfristig zu sichern. Patruschew ist 71 Jahre alt und verfügt weder über genügend Charisma noch Legitimation der Bevölkerung (anders als Putin 1999/2000), so dass er kaum eine persönliche Macht wie Putin aufbauen könnte (schließlich gründete sich dessen Machtfestigung zu einem großen Teil auf seine Popularität als junger, dynamischer Anführer). Die restliche russische „Elite“ vertritt keine bestimmte Ideologie oder Werte und hat ihr Fähnchen im Laufe der Karriere oft nach dem Wind gehängt (wie sich leicht zurückverfolgen lässt). Sie haben keine tief verwurzelten Motive, um an Putins Ideologie festzuhalten.
- Eine Fortsetzung des aktuellen Kurses bringt horrenden Kosten für die Elite mit sich, während eine politische Wende klare Vorteile bedeutet.
- Die Putinschen Eliten sind sich der anhaltenden Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dem Großteil ihrer Sozial- und Wirtschaftspolitik bewusst. Im Grunde hält die Menschen nur Wladimir Putins alles beherrschende persönliche Autorität bei der Stange, die er über 20 Jahre lang aufgebaut hat. Keiner seiner Nachfolger hätte eine ähnliche Legitimität und öffentliche Autorität, um einen politischen Kurs und Entscheidungen gegen den Willen der Bevölkerung durchzusetzen.
- Es gibt aus der russischen Bevölkerung keine Forderungen nach einem aggressiven imperialistischen Kurs. Sowohl der Angriff auf die Ukraine 2014 als auch der 2022 begonnene Krieg haben die russische Öffentlichkeit völlig unvorbereitet getroffen;

Umfragen von vor dem Einmarsch zeigen keinerlei Ambitionen in dieser Richtung. Obwohl es in der Bevölkerung breite Zustimmung (die wiederum differenziert betrachtet werden muss) für Putins Krieg gibt, halten die meisten Russen Friedensverhandlungen für den besten Weg. Viele Umfragen zeigen, dass die meisten Russen trotz ihrer West-Skepsis eine Normalisierung der Beziehungen einer langgezogenen Pattsituation vorziehen.

- Wie sich gerade deutlich zeigt, sind politische Repressionen zur Niederschlagung öffentlichen Unmuts eine kostspielige Angelegenheit. Es ist zwar nicht ausgeschlossen, dass auch Putins Nachfolger diesen Weg einschlagen, aber da sie nicht die ideologische Motivation von iranischen oder nordkoreanischen Herrschern teilen (siehe oben), legt eine einfache Kosten-Nutzen-Rechnung nahe, dass es sich lohnen könnte, einen sanfteren Kurs ins Auge zu fassen.

All das zeigt, dass es für künftige autoritäre Führer sehr schwer wird, den derzeitigen imperialistischen Isolationskurs fortzuführen – die Kosten wären beträchtlich, die Vorteile einer politischen Wende hingegen enorm. Um Putins Aggressionskurs beizubehalten, bräuchte man eine Gruppe ideologischer Anführer, die sich mit Leib und Seele der Sache verschrieben haben – so wie die iranischen Ajatollahs. Aber davon gibt es in der russischen Elite, wie gesagt, nicht viele, sie besteht größtenteils aus reinen Opportunisten, die vermutlich gerne den Kurs ändern würden, aber zu viel Angst haben, sich Putins Zorn zuzuziehen. Sie sind weder „Ajatollahs“ noch muslimische Gelehrte und wurden auch nicht von nordkoreanischen Marxistenpredigern getauft. Daher ist ein Status quo als solcher vermutlich die unwahrscheinlichste Option.

Allerdings kann man sicher davon ausgehen, dass die herrschende Elite versuchen wird, die Kontrolle über die Gesellschaft zu behalten und ein Regime zu schaffen, das dem heutigen de facto gleicht, nur ohne dessen aggressivste politische Instrumente.

Ähnliche Entwicklungen gab es in den zentralasiatischen Diktaturen wie Usbekistan und Kasachstan, wo die Nachfolger der Diktatoren Islam Karimow und Nursultan Nasarbajew deren gefestigte autoritäre Herrschaft beibehalten haben. Mit Lippenbekenntnissen zu „politischen und wirtschaftlichen Veränderungen“ wollen sie dem Westen und der eigenen Bevölkerung weismachen, dass „genug Wandel stattgefunden“ habe und die autoritäre Herrschaft bis auf ein paar kosmetische Korrekturen beibehalten werden sollte.

Die wichtigste Frage ist, ob es einer autoritären Post-Putin-Regierung gelingt, nach seinem Abgang dauerhaft ein leicht angepasstes Putinsches System zu installieren. Vor allem zwei Faktoren sprechen dagegen:

- Zum einen herrscht in der Bevölkerung eine enorme Unzufriedenheit mit dem System, wie viele Umfragen und das Wahlverhalten zeigen. In den vergangenen 15 Jahren ist die allgemeine Unterstützung von Putins System und seiner Persönlichkeit beständig gesunken und erreicht immer neue Rekordtiefs. Nur waghalsige Aktionen wie die Krim-Annexion 2014 und der Krieg gegen die ganze Ukraine 2022 konnten seine Beliebtheitswerte retten. Das russische Volk verabscheut das aktuelle System zutiefst und will Veränderungen. Es wird für eine Post-Putin-Nomenklatura sehr schwer, die Ordnung ohne massive Repressionen aufrechtzuerhalten. Politiker, die für Wandel stehen, werden dagegen immer beliebter – wie etwa Sergej Furgal, der als Gouverneur der Region Chabarowsk 2018–2020 das politische Monopol der Putin-Partei „Einiges Russland“ demontiert hat und dafür im russischen Fernen Osten viel Anerkennung und Beifall erhielt.
- Zum anderen wird es sehr schwer, die Stimmen einzudämmen, die nach radikalen Systemveränderungen statt bloßer kosmetischer Korrekturen rufen, und zwar ohne totalitäre Repressionen. Die Opposition genießt große Popularität und ist keinesfalls „marginal“. Als Proteste noch erlaubt

waren, gab es mehr Kundgebungen für Alexej Nawalny und Co. als Veranstaltungen der systemischen politischen Kräfte. Wenn sie zur Wahl zugelassen waren, haben Nawalny-Unterstützer und andere aussichtsreiche Oppositionskandidaten gezeigt, dass sie mit Leichtigkeit mindestens 20–30 Prozent der Wähler für sich gewinnen können, und das oft weit über die Grenzen von Moskau hinaus. Ein Paradebeispiel dafür ist die Aufstellung des engen Nawalny-Verbündeten Sergej Boiko zu den Bürgermeisterwahlen von Nowosibirsk, der größten russischen Stadt östlich von Moskau, im Jahr 2019: Boiko wurde mit fast 20 Prozent der Stimmen Zweiter und kam beinahe in die Stichwahl, schnitt also besser ab als die meisten Kandidaten der Systemparteien. Selbst heute findet die Forderung nach radikalem demokratischen Wandel großen Zuspruch – so erreichten Nawalneys Youtube-Kanäle 2022 in Russland mehr als 30 Millionen Zuschauer. Diese politischen Kräfte lassen es nicht zu, dass die politische Öffnung in kosmetischer Schönfärberei endet.

Aus diesen Gründen steht jede Post-Putin-Regierung unter massivem Druck, echten politischen Wandel herbeizuführen, und muss sich entscheiden, ob sie entsprechende Forderungen mit brutaler Gewalt niederschlägt oder ihnen nachkommt, möglicherweise gegen den eigenen Willen (ein „Gorbatschow-Szenario“). Es bleibt abzuwarten, ob eine neue Regierung bereit ist, ihre Herrschaft mit zügelloser Gewalt gegen die Zivilgesellschaft einzuläuten, ohne über Putins Legitimierung zu verfügen, aber eins ist klar: Fehlende Ressourcen und Legitimierung machen es sehr schwer, Bottom-Up-Forderungen nach politischer Öffnung einzudämmen, ohne extreme, brutale Gewalt einzusetzen. Vergessen wir nicht, dass sich Putins Machtkonsolidierung vor dem Hintergrund eines beträchtlichen Wirtschaftswachstums und der Anhäufung riesiger Finanzüberschüsse und Reserven vollzog – also mehr Zuckerbrot als Peitsche. Diese günstige Ausgangsposition wird einer neuen Regierung gänzlich fehlen.

Die zwei weitaus realistischeren Szenarien sind also:

- „Kosmetische“ Öffnung, die gegen den Willen ihrer Urheber außer Kontrolle gerät (Gorbatschow-Szenario);
- Einigung mit den radikaleren Oppositionskräften über einen friedlichen Übergang zur Demokratie.

Ein direkter Übergang zur Demokratie gleich nach dem Ende von Putins Herrschaft ist wegen der Trägheit des Systems eher unwahrscheinlich. Realistischer scheint dagegen eine Entwicklung wie in Rumänien, wo die alten Eliten nach Nicolae Ceaușescus Tod 1989 im Grunde noch bis zur rumänischen Parlamentswahl 1996 an der Macht blieben, oder in Südkorea, wo nach dem Ende des Regimes von Chun Doo-hwan 1988 zunächst die herrschende Gruppe die Kontrolle behielt, in den frühen 1990er Jahren aber den vollständigen Übergang zur Demokratie vollzog.

Auch wenn manche russischen Politiker momentan eine imperialistische Einstellung zu haben scheinen, verstehen sie doch die Kosten-Nutzen-Analyse zwischen harter Linie und politischer Öffnung.

Szenario 1 – Radikalisierung des Regimes

Manche halten es für einen spannenden Zeitvertreib zu behaupten, dass „wer auch immer nach Putin kommt, noch radikaler, aggressiver und nationalistischer wird“. Derartige Behauptungen bilden zu einem erheblichen Maß die Grundlage von Putins politischer Stärke – viele halten ihm die Treue, weil sie Angst davor haben, was als nächstes kommt. Hier einige Überlegungen, warum eine Radikalisierung des Regimes nach Putin ein unwahrscheinliches Szenario ist.

Erstens aus historischen Gründen: Mit Ausnahme von Putin haben russische Politiker nach dem 2. Weltkrieg in der Regel einen gemäßigten Kurs verfolgt. Auf Stalins Tod folgte Chruschtschows Tauwetter, und selbst unter der scheinbar konservativeren Herrschaft Leonid Breschnews wurden bahnbrechende Verträge – über Rüstungskontrolle mit den USA und die Schlussakte von Helsinki 1975 – unterzeichnet. Breschnews Ära der Stagnation (Sastoj) war weitaus weniger repressiv als die 1950er und 1960er Jahre. Zwei Versuche, eine neue Hardline-Politik durchzusetzen – die Andropow-Tschernenko-Phase von 1983–1984 und der Putschversuch von KP-Hardlinern im August 1991 (beide Episoden weisen Ähnlichkeit mit Putins konservativer Restauration auf) scheiterten, weil es offenkundig an Ressourcen mangelte, um eine repressive Politik aufrechtzuerhalten.

Der August-Putsch von 1991 ist in dieser Hinsicht bemerkenswert. Er war eindeutig ein Versuch, die Öffnungstendenzen der Perestroika zu revidieren und das Regime massiv zu radikalisieren – genau so, wie sich viele Experten ein mögliches Post-Putin-Szenario vorstellen. Der Putschversuch scheiterte krachend, vor allem weil die meisten Akteure – einschließlich eines Großteils der Elite – schlichtweg nicht daran glaubten, dass das selbsternannte „Staatskomitee für den Ausnahmezustand“ in tiefer internationaler Isolation die schwierige soziale und wirtschaftliche Lage bewälti-

gen könne. Daher verweigerten sie ihm die Unterstützung (Nichtstun ist oft eine sehr effektive Methode, um den Zusammenbruch eines Regimes zu beschleunigen).

Dass auf die politische Verschärfung von 1983/1984 Öffnung und Perestroika folgten, hatte ähnliche Gründe: Die KP-Chefs begriffen, dass sie schlicht nicht genug Ressourcen hatten, um eine harte Linie aufrechtzuerhalten, während ein Kurswechsel beträchtliche Vorteile versprach. Auch die Belastung durch den langwierigen Krieg in Afghanistan spielte eine Rolle, denn dadurch waren selbst Hardliner wie Andropow gezwungen, nach Exit-Strategien zu suchen. Bereits auf Breschnews Beerdigung 1982 bemühte sich der eben frisch gewählte KPdSU-Parteisekretär um Gespräche mit dem pakistanischen Präsidenten Mohammed Zia-ul-Haq. Die 1985 einsetzende Öffnung unter Gorbatschow war keine spontane Entscheidung, sondern schon länger in Führungskreisen ausgebrütet worden.

Auch wenn manche russischen Politiker momentan eine imperialistische Einstellung zu haben scheinen, verstehen sie doch die Kosten-Nutzen-Analyse zwischen harter Linie und politischer Öffnung. Die rationale Entscheidung ist klar, ein sanfterer Kurs wird einzig und allein durch Putins persönliche Weltansicht und seine Vorurteile nach fast einem Vierteljahrhundert an der Macht verhindert. Die Beseitigung dieses Hindernisses ist ein wichtiger Faktor für die politische Öffnung, nicht für weitere Radikalisierung.

Zweitens kommen aus der russischen Bevölkerung kaum Forderungen nach Radikalisierung. Parteien mit entsprechendem Programm haben in den vergangenen drei Jahrzehnten nie gut abgeschnitten. Selbst die alles beherrschende Regierungspartei „Einiges Russland“ präsentiert sich selbst als „gemäßigte“ Alternative zu anderen Parteien. Die öffentliche Unterstützung für Wladimir Putin hat immer auf der Vorstellung beruht, damit die Machtübernahme radikalerer Kräfte zu verhindern. Selbst in der aktuellen antiwestlichen Stimmung spricht sich die Mehrheit der russischen

Bevölkerung eher für eine Normalisierung der Beziehungen zum Westen aus als für einen langwierigen Konflikt – und diese Mehrheit ist seit Jahren stabil. Zwar befürworten die meisten Russen in Umfragen Putins Krieg (oder „Spezialoperation“, wie es im offiziellen Jargon heißt) gegen die Ukraine, doch dabei verwenden 80 Prozent der „Befürworter“ defensive anstatt offensiver Narrative, um ihren Standpunkt zu rechtfertigen: Ihrer Meinung nach hat entweder die Ukraine einen Genozid gegen die russischsprachige Bevölkerung im Donbas verübt oder „der mögliche NATO-Beitritt der Ukraine stellt eine militärische Bedrohung für Russland dar“. Keines dieser Narrative trifft zu, doch die russische Staatspropaganda hat sie erfolgreich etabliert.

Selbst jetzt, wo Großmachtgedanken in der russischen Gesellschaft Hochkonjunktur haben, spielen offen imperialistische Organisationen wie Nikolai Starikows Partei „Großes Vaterland“ oder Jewgeni Fjodorows „Nationale Befreiungsbewegung“ weder in Umfragen eine Rolle noch erhalten sie merklichen Zulauf aus der Bevölkerung.

Zu ihren Kundgebungen kommen gerade mal ein paar hundert Anhänger, kein Vergleich zu den sechsstelligen Teilnehmerzahlen bei den Oppositionsprotesten der letzten Jahre. Der bekannte Ultranationalist Alexander Dugin versucht seit über 30 Jahren erfolglos, eine Partei oder eine politische Bewegung aufzubauen – zu seinen Veranstaltungen kommen höchstens 1000 bis 2000 Teilnehmer, wie man leicht auf Youtube nachverfolgen kann.

Drittens besteht Putins Elite, wie oben gezeigt, überwiegend aus Opportunisten, und Hardlinern – „Ajatollahs“ wie Sicherheitsrats-Sekretär Patruschew sind in der Minderheit.

Es spricht also weder aus historischer noch aus sozialer Sicht oder von Seiten der Eliten etwas dafür, dass Russland auf eine künftige Radikalisierung zusteuert.

Russlands postimperiales Syndrom wird von Experten stark überschätzt und aufgebläht. Natürlich existiert es, doch noch

in den frühen 2000ern waren die Russen offenbar zufrieden mit ihrer Stellung in der Welt, die meisten sahen den Westen positiv und genossen ein noch nie dagewesenes Wirtschaftswachstum und die Integration in die globale Gemeinschaft. Sicher gab es gewisse postimperiale Ressentiments, aber doch in weit geringerem Umfang als etwa im postimperialen Großbritannien oder Frankreich. Bis zur Annexion der Krim 2014 war die Restauration der früheren Weltmachtstellung nie ein Thema in der großen Politik. Selbst der bescheidene Erfolg der nationalistischen Partei „Rodina“ (Vaterland) bei den Duma-Wahlen 2003, wo sie 9 Prozent der Stimmen erhielt, hing mehr mit der oligarchenfeindlichen Sozialagenda zusammen als mit nationalistischen Losungen. An den rechtsextremen „Russischen Märschen“, die gewöhnlich zum 4. November stattfanden, nahmen viel weniger Menschen teil als an prodemokratischen Demonstrationen. Ganz zu schweigen davon, dass etwa die Hälfte aller russischen Nationalisten Antiimperialisten sind und viele von ihnen seit 2014 in der Ukraine gegen Russland kämpfen.

Die aktuelle postimperiale Stimmung ist in erster Linie auf 20 Jahre massive Propaganda zurückzuführen. Doch auch wenn viele Russen bereitwillig die Narrative aus dem Fernsehen übernehmen, sind sie nicht bereit, bei der „Wiederherstellung der Weltmacht“ mitzuhelfen. Das zeigen die seit 2014 kläglich gescheiterten Versuche, eine überzeugende Freiwilligenarmee für den Kampf gegen die Ukraine aufzustellen; die russische Teilmobilisierung, die Putin im September 2022 verkündete, war de facto nichts anderes als eine Kapitulation vor den vergeblichen Bemühungen, große Mengen von Freiwilligen zu rekrutieren.

Im Zusammenhang mit einer möglichen künftigen Radikalisierung Russlands ist oft die Rede von paramilitärischen Einheiten unter dem Kommando brutaler Kriminelle wie Jewgeni Prigoschin, dem Gründer der Söldnertruppe „Wagner“, oder dem tschechischen Republikchef Ramsan Kadyrow. Solche Leute haben jedoch keinen

Einfluss im russischen Entscheidungssystem. Zusammengenommen verfügen sie über bewaffnete Einheiten von kaum mehr als 20.000 Mann, was nichts ist im Vergleich zum staatlichen Sicherheitsapparat und nicht annähernd für eine Machtergreifung ausreicht.

In der Regel ist das Entstehen solcher nichtstaatlicher ultrakonservativer, paramilitärischer Einheiten – sogenannter Schwarzer Hundertschaften (Tschernosotenzy) – ein Zeichen für einen angeschlagenen Staat. Die Zentralregierung kann das Land nur noch mit Unterstützung nichtstaatlicher paramilitärischer Einheiten kontrollieren, welche die eigene Bevölkerung sowie Fremde terrorisieren. Doch weder im frühen 20. Jahrhundert noch in den späten 1980er Jahren konnten die russischen paramilitärischen Gruppen den Staat vor dem Zerfall bewahren. Der ultranationalistischen Bewegung „Russische Nationale Einheit“ (RNE) und ihrer Vorläuferorganisation „Pamjat“ (Gedächtnis) ist es nie gelungen, sich als anerkannte politische Kraft zu etablieren. Russlands konservative Restauration unter Putin war eine von den Herrschenden angeordnete Top-Down-Maßnahme, keine Graswurzelbewegung von unten.

Das zeigt: Es gibt zwar im modernen politischen Spektrum Russlands durchaus radikale Kräfte, aber es wäre für diese extrem schwer, 1) die Macht zu ergreifen, da sie nur über eine begrenzte Zahl von bewaffneten Truppen verfügen und ihnen die breite Unterstützung der Bevölkerung fehlt; 2) Russland politisch, gesellschaftlich oder wirtschaftlich zum Erfolg zu führen, denn sie hätten mit erheblichem Gegenwind zu kämpfen, während ihre Ressourcen zur Aufrechterhaltung eines radikalen Regimes äußerst begrenzt sind. Selbst wenn sie es schaffen sollten, sich zu russischen Herrschern auszurufen, gingen sie in dieselbe Falle wie die August-Putschisten – die russische Gesellschaft würde nicht an ihren Erfolg glauben und ihnen eine aktive Unterstützung versagen.

Szenario 2 – Demokratischer Wandel

Die meisten Untersuchungen, die Russland das Potential zu nachhaltig demokratischem Wandel absprechen, fußen auf falschen Annahmen und lassen grundlegende Gegebenheiten außer Acht.

Erstens wird oft auf das missglückte Demokratieexperiment der 1990er Jahre verwiesen. Dabei ist es eine seltsame Annahme, dass ein Land nie wieder in der Lage sein wird, eine funktionierende Demokratie aufzubauen, nur weil es beim ersten Versuch nicht gleich geklappt hat. Ein einziger Versuch kann doch nicht die Grundlage für derart fatalistische Schlüsse sein. Außerdem war das russische Demokratieexperiment der 1990er bei näherem Hinsehen gar nicht so erfolglos, wie viele Kritiker meinen. Gemessen an historischen Standards war es sogar ziemlich erfolgreich, denn Russland blieb 15 Jahre lang ein teilweise freies Land (bis 2005 wurde es von der US-Organisation Freedom House als „teilweise frei“ eingestuft). So eine lange Demokratiephase hat die moderne russische Geschichte noch nie erlebt. Die russische Demokratie hat sich unter extrem schwierigen Bedingungen herausgebildet – der Zusammenbruch der sowjetischen Wirtschaft war möglicherweise das schlimmste Wirtschaftsversagen seit Beginn der Industrialisierung, und das wichtigste russische Exportgut, Erdöl, wurde während Boris Jelzins Präsidentschaft zum Preis von durchschnittlich 16,70 US-Dollar pro Barrel gehandelt.

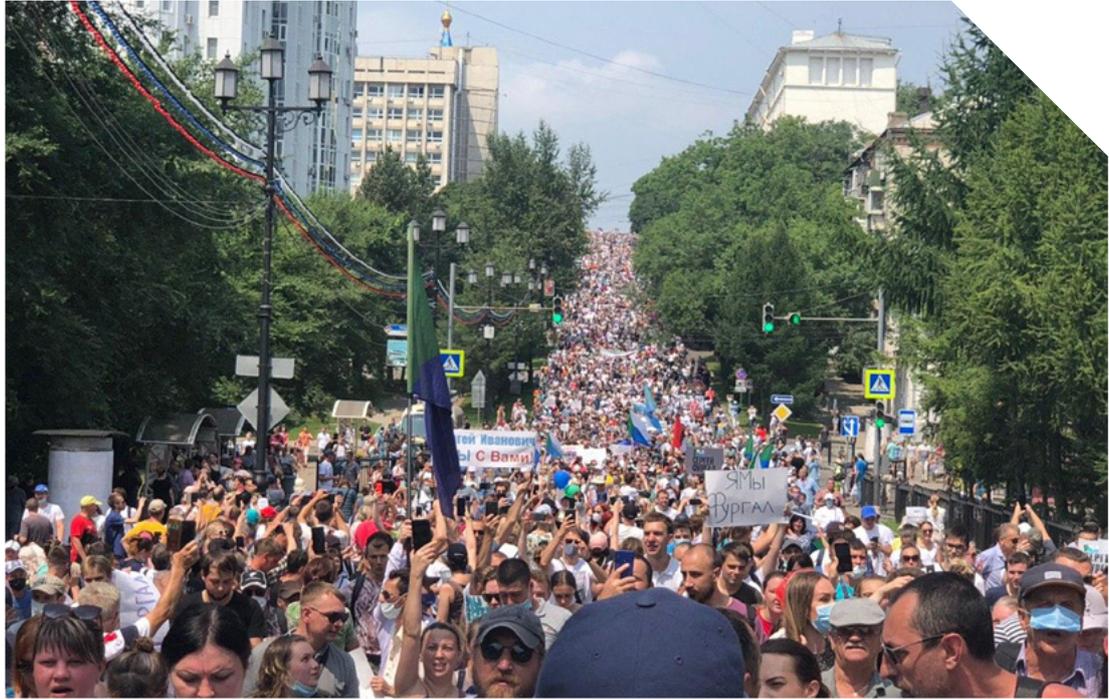
Die heutige Diktatur in Russland beruht nicht auf einer bewussten Entscheidung des russischen Volkes gegen Demokratie, sondern ist das Resultat einer schnellen, koordinierten Machtergreifung vor dem Hintergrund des starken Wirtschaftswachstums in den frühen 2000ern. Die Russen haben sich einer Restauration der Autokratie immer widersetzt, und die Demokratiebewegung war in den letzten Jahren, gemessen an ihrem Protestpotential, deutlich stärker als alle anderen politischen Kräfte im Land. Die 1990er haben Freiräume

Es gibt starke Anzeichen dafür, dass sich eine Mehrheit ein viel demokratischeres Regierungssystem als das von Putin wünschen.

geschaffen, die Putin auch nach zwei Jahrzehnten Repressionen nicht ganz zerstören konnte. Viele prodemokratische Politiker, Intellektuelle und einfache Bürger sind im Land geblieben, und ihre Zeit wird kommen. Ohne die 1990er wäre die Etablierung einer ernstzunehmenden Demokratiebewegung in Putins Russland nicht möglich gewesen.

Es ist prinzipiell falsch, aufgrund der Schwierigkeiten in den 1990ern und des daraufhin aufgezwungenen Autoritarismus deterministische Schlüsse über die russische Gesellschaft zu ziehen.

Zweitens strebt die russische Gesellschaft, historisch gesehen, schon lange nach Demokratie, wurde aber immer wieder von brutalen Diktaturen niedergeschlagen und unterdrückt. Schon die letzten Jahrzehnte der Zarenherrschaft waren geprägt von Forderungen nach politischer Liberalisierung, nach einer Verfassung, die die Macht der Monarchie beschränkt, und nach einer parlamentarischen Republik (hervorragend resümiert von dem Historiker Orlando Figes in seinem Buch „Die Tragödie eines Volkes: Die Epoche der russischen Revolution 1891 bis 1924“). Nach dem Sturz der Monarchie wählten die Russen voller Begeisterung eine Konstituierende Versammlung mit einer nicht-bolschewistischen Mehrheit. Doch die Bolschewiken lösten die Versammlung gewaltsam auf und gründeten die Sowjetunion – auf Grundlage der Eroberungen der Roten Armee und nicht auf Basis freier Willensäußerung der Bevölkerung. Als das sowjetische System nach Stalins Tod allmählich gemäßigter wurde, kamen aus der



Proteste gegen die Absetzung des Gouverneurs in Chabarowsk, Juli 2020; @teamnavalnykhv, Wikicommons

Zivilgesellschaft klare Forderungen nach demokratischem Wandel. Dieser begann mit Chruschtschows Tauwetter, ging über Gorbatschows Perestroika und endete damit, dass die Russen 1990–1991 mehrheitlich für prodemokratische Kräfte stimmten und Ende 1991 die friedliche Auflösung der Sowjetunion ohne größere Proteste akzeptierten.

Drittens sind, aus heutiger Perspektive, ernstgemeinte Forderungen nach Demokratie aus der russischen Gesellschaft nie verschwunden. Auch wenn eine Mehrheit der Russinnen und Russen im Moment angibt, das westliche Demokratiemodell nicht als Vorbild für ihr eigenes Land zu sehen (Achtung: 20 Jahre Propaganda könnten etwas damit zu tun haben), gibt es starke Anzeichen dafür, dass sich eine Mehrheit ein viel demokratischeres Regierungssystem als das von Putin wünschen. Seit Putin vor 18 Jahren die Direktwahl von Gouverneuren in den Regionen abgeschafft hat, befürworten etwa zwei Drittel der Befragten konsequent die Wiedereinführung solcher Direktwahlen auf allen regionalen Ebenen (auch für Bürgermeister und Landräte) ohne die berüchtigten administrativen „Filter“, mit denen kritische Kandidaten ausgeschlossen werden. Das steht in eindeutigen Widerspruch zu den Grundlagen von Putins Regierungssystem.

Immer, wenn es in Russland auf lokaler Ebene zu einem echten politischen Wettkampf mit unvorhersehbarem Ausgang kommt, schießt die Wahlbeteiligung nach oben. Das zeigt, wie stark das Bedürfnis nach politischem Wettbewerb ist. Gibt es wenig oder gar keinen Wettbewerb, sinkt die Beteiligung dagegen auf Rekordtiefs. Das weist darauf hin, dass die Russen das politische System Putins nicht gutheißen.

2020 kam es überall in der fernöstlichen Region Chabarowsk zu Großdemonstrationen gegen die Entlassung und Verhaftung des kürzlich zum Gouverneur gewählten Oppositionspolitikers Sergej Furgal. Dieser hatte schon oft zur Wahl gestanden, ohne deshalb zum Lokalhelden zu werden, doch diesmal hatten die Chabarowsker für ihn gestimmt, um die Vormachtstellung der Putin-Partei „Einiges Russland“ in der Region zu brechen. Bemerkenswert ist, dass es bei den Massenprotesten in Chabarowsk keinerlei imperiale oder antiwestliche Losungen gab, wohl aber beträchtliche Unterstützung für die gleichzeitig stattfindenden Proteste in Belarus und sogar für die Ukraine – so viel zum „hoffnungslosen russlandweiten Imperialismus“.

Verschiedene Umfragen zeigen, dass Russinnen und Russen höchst unzufrieden damit sind, dass sie bei politischen Entscheidungen nicht mitreden können und dass sie sich nach einem Rechtsstaat sehnen, etwas, das von Putin völlig zerstört wurde. Mit anderen Worten, sie wollen Demokratie.

Die weit verbreiteten regionalen Proteste der letzten Jahre – oft zu Umweltthemen – haben gezeigt, dass Russinnen und Russen sehr wohl in der Lage sind, sich selbst zu organisieren und ihre Rechte trotz massivem staatlichen Druck zu verteidigen. Trotz Gehirnwäsche und Repression haben die Menschen ihre demokratischen Grundinstinkte nicht verloren.

Es gibt in Russland keine nennenswerten politischen Kräfte, die für eine Abschaffung der Demokratie eintreten. Die wenigen, die dies tun – wie Starikows „Vaterland“ oder Fjodorows „Befreiungsbewegung“ – tauchen in Umfragen nicht auf, und zu ihren Kundgebungen kommen, wie gesagt, höchstens ein paar hundert Leute. Der Kreml gibt sich große Mühe, die Fassade „inklusive Demokratie“ auf allen Ebenen aufrechtzuerhalten. Die herrschende Partei „Einiges Russland“ hält eigens (absolut sinnlose) Vorwahlen ab, nur damit ihre Wähler das Gefühl haben, dass nicht schon jemand anders für sie entschieden hat. Die Kommunisten, die offen mit dem totalitären sowjetischen System sympathisieren und oft mit Stalin-Porträts durch die Gegend laufen, zählen zu den eifrigsten Teilnehmern an Kampagnen und Kundgebungen für freie und faire Wahlen und gegen Wahlbetrug. Nach den Protesten von 2011–2012 wurden 2012 die Direktwahlen der Gebietsgouverneure wieder eingeführt und hartnäckigen Gerüchten zum Trotz auch nicht mehr formal gestrichen. Das Putinsche System scheint die Reste der demokratischen Institutionen nicht völlig demontieren zu können – denn Putin ist sich im Klaren darüber, dass die Zivilgesellschaft das nicht gutheißen würde. Die Menschen wollen mitreden, und sie sind weder „Skaven“ noch „Leibeigene“, wie es manche Hardliner im Westen gerne darstellen.

Trotz Gehirnwäsche und Repression haben die Menschen ihre demokratischen Grundinstinkte nicht verloren.

Von demokratischen Grundinstinkten bis zum Aufbau einer funktionierenden Demokratie ist es natürlich noch ein langer Weg – besonders, wenn man Russlands begrenzte Erfahrung mit demokratischen Regierungen, seine räuberischen Eliten und das schwere Erbe mehrerer aufeinanderfolgender Unterdrückerregime bedenkt. Aber das Material, auf dem man aufbauen kann – ein elementares Bedürfnis nach Demokratie und eine klare Absage an die Usurpation der Macht – ist vorhanden. Insgesamt befürwortet die überwiegende Mehrheit der zukunftsorientierten Russen – also alle, die ein Geschäft eröffnen, Karriere machen, bessere Bildung erhalten oder den Lebensstandard ihrer Familie und Kinder steigern wollen – eine demokratische Regierungsform. Diejenigen, die der Zentralregierung gegenüber gleichgültig oder sogar zufrieden mit ihr sind, sind politisch eher passiv. Sie treiben mit dem Strom der Herrschenden und neigen nicht zu unabhängigem Verhalten. Hier kann die Position einer aktiven Minderheit erfolgsentscheidend sein – wie schon oft in anderen Ländern zu sehen war.

Wie die jüngere Vergangenheit gezeigt hat, können ein dysfunktionaler Staat und wirtschaftliche Probleme eine Chance für politischen Wandel eröffnen. So war es in den 1980er Jahren in Russland, und auch die 1990er sind ein Beispiel dafür, wie ein schwacher Staat die Forderung nach umfassender Umstrukturierung des politischen Systems herbeiführen kann – auch wenn Putin die allgemeine Unzufriedenheit mit den 1990er Jahren ausgenutzt hat, um seine autoritäre Herrschaft zu stärken, ein Übergreif, den die russische Öffentlichkeit so nie gewollt hat. Doch zum zweiten Mal in den vergangenen 40 Jahren hat ein innenpolitischer Aufruhr in Russland den grundlegenden Wandel des politischen Systems bewirkt.

So unwahrscheinlich es aktuell auch scheinen mag: Jede Machtverschiebung in den oberen Machtzirkeln würde augenblicklich ein neues demokratisches Experiment in der Gesellschaft ermöglichen. Natürlich gibt es keine Garantie auf Erfolg; und wie oben dargelegt, wird die herrschende Elite demokratischen Wandel so lange es geht zu verhindern suchen. Dennoch können verschiedene Faktoren das nächste Demokratieexperiment zum Erfolg führen:

- Insbesondere aus dem aktiven, zukunftsorientierten Teil der Gesellschaft werden starke Forderungen nach Demokratie (und Versöhnung mit dem Westen) laut.
- Die Eindämmung gesellschaftlicher Demokratiebestrebungen durch Isolation und Repression erfordert beträchtliche Ressourcen.
- Die umfassenden Erfahrungen aus dem Demokratieexperiment der 1990er lassen sich einsetzen, um Missstände zu beheben und keine weiteren fatalen Fehler zu begehen.

Wie gesagt, es gibt keine Garantie auf Erfolg, aber es gibt eine klare Grundlage für einen neuen Demokratieversuch in Russland. Bleibt das Land hingegen isoliert und der Chance beraubt, sich in die demokratische Welt zu reintegrieren, ist damit zu rechnen, dass sich Russland neu aufstellt, seine Truppen aufstockt und zu einem weiteren Schlag gegen die freie Welt ausholt.

Der demokratische Wandel in Russland wird, wie oben beschrieben, höchstwahrscheinlich in zwei Phasen erfolgen, wie in Rumänien nach Ceaușescu oder Südkorea nach Chun Doo-hwan: Erst versucht die Post-Putin-Elite, die Kontrolle zu behalten, aber mit der Zeit bildet sich eine größere Demokratiebewegung, die von der neuen Regierung nicht mehr zurückgehalten werden kann.

Warum Zerfalls-Szenarien haltlos sind

Es gibt viel Spekulation über einen möglichen Zerfall Russlands in eine Reihe unabhängiger kleinerer Staaten, so ähnlich, wie es mit der Sowjetunion geschah. Derlei Thesen sind jedoch aus verschiedenen Gründen meist haltlos.

Erstens unterscheidet sich die Situation am Ende der Sowjetunion grundlegend vom heutigen Russland. Die nationalen Sowjetrepubliken, deren Forderungen nach Unabhängigkeit zum Katalysator für den Zerfall wurden, waren von nicht-russischen Ethnien dominiert. Einige von ihnen waren in der Vergangenheit bereits unabhängige Staaten gewesen (die baltischen Staaten und Georgien) und wollten schlicht ihre Souveränität wiederherstellen. Ganz anders in Russland, wo seit dem Fall des Khanats von Kasan 1552 keine Region eigenständig war und die Gründung eines Staats eine große Herausforderung bedeuten würde.

Die meisten ethnischen Republiken in Russland werden nur dem Namen nach von der Titularethnie dominiert. In Burjatien beispielsweise sind weniger als 30 Prozent der Bevölkerung ethnische Burjaten – die größte Bevölkerungsgruppe stellen Russen. In Jakutien leben weniger als 50 Prozent Jakuten, während Russen 40 Prozent ausmachen. In Baschkortostan haben ethnische Baschkiren erst kürzlich die Tataren leicht überholt und sind von der drittgrößten zur zweitgrößten ethnischen Gruppe aufgestiegen, mit etwas weniger als 30 Prozent der Bevölkerung (auch hier bleiben Russen mit 36 Prozent die größte ethnische Gruppe). In der baschkirischen Hauptstadt Ufa sind etwa die Hälfte der Menschen ethnische Russen, Baschkiren machen nur 17 Prozent aus.

Die Situation ist also eine ganz andere als zur Zeit der Unabhängigkeitsbestrebungen der Sowjetrepubliken in den späten 1980ern.

Bei der Diskussion über die Entstehung unabhängiger Staaten aus russischen Regionen wird oft Tatarstan als potentieller Kandidat genannt. In der Tat hat diese Region in den frühen 1990ern mit der Idee gespielt,

einen eigenen Staat zu gründen. Doch wenn man heute nach Tatarstan reist, sieht man, dass die Republik es geschafft hat, sich unter russischer Herrschaft ein erhebliches Maß an Autonomie und Selbstbestimmung zu sichern – von einer eigenständigen Wirtschaftspolitik bis hin zu weitgehend autonomen Außenbeziehungen. Der Lebensstandard in Tatarstan ist wesentlich höher als in den von ethnischen Russen dominierten Nachbarregionen. Es gibt für Tatarstan einfach keinen Grund, um zu zweifeln die Unabhängigkeit anzustreben – die Republik hat es auch so geschafft, mit Russland Beziehungen auf Vertragsbasis einzurichten, die ihr ein erhebliches Maß an Autonomie gewähren. Sollte sich Tatarstan jedoch von Russland lossagen wollen, bekäme es augenblicklich Probleme, seine Unabhängigkeit zu wahren, schließlich ist es ein Binnenstaat, der von dem um ein Vielfaches größeren Russland umgeben ist und in Transit- und Logistikfragen völlig von diesem abhängt.

Dieses Schlüsselargument wird bei Spekulationen über einen möglichen Zerfall Russlands häufig übersehen. Die meisten russischen Regionen liegen im Binnenland und haben keinen Zugang zum Meer (beziehungsweise zu erschlossenen internationalen Schiffrouten – der Arktische Ozean ist zwar technisch betrachtet ein Meer, aber nur mit großen Schwierigkeiten zu befahren, es gibt kaum wichtige Häfen oder Transportrouten). Das stellt ein enormes Hindernis für die Aufrechterhaltung einer eigenständigen Wirtschaft dar. Wenn Russland teilweise bestehen bleibt, wird es den neuen unabhängigen Staaten Logistik und Transit sehr schwer machen.

Brüche Russland ohne den Abschluss von Freihandels- oder Transitverträgen ganz auseinander, könnte sich die Lage zu einem völlig chaotischen Protektionismus auswachsen. Noch dazu sind die Grenzen zwischen russischen Regionen künstlich gezogen und (anders als die Grenzen der früheren Sowjetrepubliken) nicht international anerkannt, was weiteres politisches Chaos sowie Streit darüber erzeugen kann, welches Dorf nun wem gehört. An zahllosen Orten führen lebenswichtige Transport- oder Infrastrukturkorridore zwischen den Städten/Dörfern einer Region durch eine andere Region; ganz zu schweigen von der Energieinfrastruktur, denn manche Kraftwerke versorgen mehrere Regionen, die keinen eigenen Strom erzeugen.

Genau genommen gibt es sowohl im Westen als auch in Russland überraschend wenig eingehende Untersuchungen dazu, wie wahrscheinlich es ist, dass sich Russland in unabhängige Staaten aufteilt. Die meisten gehen über leere Spekulation und seichte Vergleiche mit dem Zerfall der Sowjetunion nicht hinaus. Übrigens begründet sich die haltlose Kreml-Mythologie von Putins „einzigartiger Rolle in der russischen Geschichte“ auf genau solchen seichten Spekulationen darüber, wie „Russland in den späten 1990ern vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde“.

Eine der wenigen sachlichen Ausnahmen ist der Aufsatz „The prospect of Russian disintegration is low“, den der US-amerikanische Experte Thomas Graham 1999 in „European Security“ veröffentlicht hat. Der Titel spricht für sich: Wie Graham unter anderem richtigerweise anführt, stellt die Binnenlage der meisten russischen Regionen und ihr fehlender Zugang zum Meer das größte Hindernis

Die haltlose Kreml-Mythologie von Putins „einzigartiger Rolle in der russischen Geschichte“ begründet sich auf seichten Spekulationen darüber, wie „Russland in den späten 1990ern vor dem Zusammenbruch bewahrt wurde“.

für eine dauerhafte Unabhängigkeit dar. Er kommt zu dem Schluss, dass auch in Zukunft für die meisten russischen Regionen kaum eine Separationsgefahr besteht, möglicherweise mit Ausnahme des Nordkavkasus und des Gebiets Kaliningrad (das frühere Königsberg).

Doch selbst, wenn das passieren sollte, umfassen der Nordkavkasus und Kaliningrad nur etwa ein Prozent des russischen Territoriums, ihre Abspaltung würde also schwerlich den „Zusammenbruch und Zerfall“ des Landes bedeuten.

Apropos Nordkavkasus: Wer mit dem bloßen Verweis auf die Tschetschenien-Erfahrung der 1990er Jahre allgemeine Schlüsse über die mögliche Abspaltung nordkavkasischer Republiken von Russland zieht, übertreibt. Die übrigen nordkavkasischen Republiken haben stets eine andere Einstellung gegenüber Russland gezeigt als Tschetschenien. Das ist ein eigenes Thema, aber generell lässt sich sagen, dass die Einwohner dieser Republiken schon immer die treuesten Befürworter der Zentralmacht waren, weil sie nicht glauben, die eigene Unabhängigkeit ohne wirtschaftliche Unterstützung aus Moskau aufrechterhalten zu können. Sowohl im Referendum über den Fortbestand der Sowjetunion im März 1991 als auch in mehreren späteren Wahlen haben die nordkavkasischen Republiken vorwiegend ihre Solidarität mit der Zentralregierung in Moskau demonstriert (Tschetschenien hat als einzige Republik der Region nicht an dem Referendum von 1991 teilgenommen).

Viele nordkavkasische Republiken haben ihre eigenen Gründe, um lieber ein Teil von Russland zu bleiben: Inguschetien hat Angst, von Tschetschenien geschluckt zu werden; Nordossetien ist eigentlich eine vorwiegend christliche, keine muslimische Republik; in Dagestan, Karatschai-Tscherkessien und Kabardino-Balkarien gibt es aufgrund der komplexen ethnischen Zusammensetzung Spannungen, die sich zu gravierenden Konflikten und Kriegen auswachsen könnten, wenn das multiethnische Gleichgewicht nicht mehr von Russland zusammengekittet wird.

Versuche, die tschetschenischen Unabhängigkeitsbestrebungen der 1990er Jahre auf den gesamten russischen Nordkavkasus zu übertragen, sind überzogen und ignorieren den realen Kontext. Trotz aller kulturellen Unterschiede zum restlichen Russland gibt es in diesen Republiken keine ernstzunehmenden Separatistenbewegungen. Selbst in Tschetschenien war die Sache nicht so einfach: Dort gab es zunächst beträchtlichen Widerstand gegen die Unabhängigkeit, bis Separatistenführer Dschochar Dudajew seine Gegner im Juni 1993 gewaltsam niederschlagen ließ. Viele Tschetschenen sind klar gegen erneute Versuche, die Republik in eine Scharia-Diktatur umzuwandeln (aber das ist ein Thema für sich).

Ein weiterer wichtiger Faktor ist, wie der Autor in Interviews mit den Bewohnern verschiedener russischer Regionen selbst feststellen konnte, dass viele Menschen in Sibirien und im Fernen Osten Russlands der Aussicht, unabhängige Staaten zu werden, mit großer Sorge entgegenblicken. Sie glauben, dass ihre politische und wirtschaftliche Macht nicht ausreicht, um der Dominanz Chinas etwas entgegenzusetzen, und dass sie über kurz oder lang zu Pekings Vasallen würden. Damit diese Schreckensvision nicht wahr wird, ist ein Verbleib bei Russland für sie die einzige Option. Vor diesem Hintergrund erscheint jede Spekulation über eine Lossagung der östlichen Regionen von Russland völlig unplausibel.

Unter den Angehörigen der nicht-russischen Ethnien gibt es derzeit Tendenzen, sich öffentlich gegen den Krieg in der Ukraine zu äußern und für mehr Selbstbestimmung und Autonomie einzutreten. Diese Tendenzen sind im Hinblick auf das künftige Ziel wirklicher Föderalisierung positiv. Doch keine der einflussreichen ethnischen Gruppen und NGOs reden ernsthaft von mehr als Föderalisierung, mehr Autonomie und mehr Selbstbestimmung, mit Ausnahme Einzelner, die aber nicht repräsentativ sind.

Weder Zerfall noch Radikalisierung noch Demokratisierung sind wahrscheinlich

Fazit: Extreme Szenarien wie eine Radikalisierung des Post-Putin-Regimes, die dauerhafte Einrichtung eines neuen Hardline-Regimes durch Putins Nachfolger oder der Zerfall Russlands sind höchst unwahrscheinlich, denn es gibt einfach nicht genügend politische Ressourcen und Rückhalt in der Bevölkerung, um sie tragfähig zu gestalten.

Eine rasche, erfolgreiche Demokratisierung des Landes ist jedoch ebenso unrealistisch. Die neuen Eliten werden die Macht genau wie Putin im zentralasiatischen Stil fest in der Hand halten wollen, während die russische Zivilgesellschaft zu schwach und eingeschüchtert ist, um zu protestieren (oder überhaupt zu wissen, was sie eigentlich selbst will). Aber die Eliten werden es schwer haben und nicht über ausreichend Ressourcen verfügen, um Putins aktuellen Kurs aufrechtzuerhalten, was schließlich zu ihrer eigenen Zermürbung führt. Sobald sie politische Kehrtwenden machen, sind mit Sicherheit Unmut in der Bevölkerung und Forderungen nach tiefgreifenderem politischem Wandel zu erwarten.

Die Situation ist vor allem mit der in Rumänien nach dem Ende der Ceaușescu-Diktatur und in Südkorea nach dem Chun-Regime vergleichbar. Der Iran und Nordkorea, die in diesem Zusammenhang oft genannt werden, eignen sich aus zwei Gründen weniger für einen Vergleich:

Das iranische und das nordkoreanische Regime sind in einem Ausmaß repressiv, wie es Russland seit der Stalin-Zeit nicht mehr erlebt hat. Tatsächlich wurde Nordkorea 1945 von Stalins Generälen gegründet und ist der einzige Dinosaurier aus dem stalinistischen Jurassic Park, der bis in die moderne Welt überlebt hat. Russland ist damit nicht zu vergleichen. Das iranische Regime kämpft gegen ständige Massenproteste, die von Jahr zu Jahr schwerer in Schach zu halten sind. Je mehr die Macht

Das wahrscheinlichste Szenario für Russlands Entwicklung ist ein neuer Anlauf zu demokratischem Wandel

des iranischen Hauptunterstützers Russland schwindet, umso schwerer wird es, das Regime aufrechtzuerhalten – die iranische Geschichte ist also noch nicht zu Ende.

Iran und Nordkorea waren schon immer relativ arme Länder und nie von einem derart massiven wirtschaftlichen Rückgang betroffen, wie ihn Russland jetzt durch die Sanktionen und den Rückzug westlicher Unternehmen erlebt. Ein treffenderes internationales Beispiel für einen despotisch geführten Staat, der unter dem Druck von Sanktionen zusammengebrochen ist, wäre das Apartheid-Regime von Südafrika. Dort wirkten sich die Sanktionen zwar wirtschaftlich nicht so stark aus wie die aktuellen Maßnahmen gegen Russland, doch die internationale Isolation hatte einen starken negativen psychologischen Einfluss auf die weiße Bevölkerungsminderheit und trug zu einer Beschleunigung des Wandels bei (vgl. „Sanctions on South Africa: What Did They Do?“ von Philip I. Levy, Yale University 1999).

Das wohl wahrscheinlichste Szenario für Russlands Entwicklung ist ein neuer Anlauf zu demokratischem Wandel nach einigen Jahren in einem autoritären post-Putinschen Übergangszustand. Der demokratische Westen muss aus seinen früheren Fehlern lernen und Russlands nächste Schritte hin zu einer Demokratie unterstützen, statt das Land zu brüskieren. Ignoranz und Isolation stärken lediglich extremistische Kräfte mit Großmachtgedanken und entmutigen alle, die sich für einen demokratischen Übergang einsetzen – was wiederum dazu führt, dass Russland eine finstere imperialistische Macht bleibt. Das kann sich die freie Welt schlichtweg nicht leisten.

RUSSLAND NEU ERFINDEN – WIE SICH DER WESTEN AUF DIE ZEIT NACH PUTIN VORBEREITEN SOLLTE

ZUSAMMENFASSUNG

Solange Russland ein autoritäres Land ist, stellt es für den Westen eine existentielle Bedrohung dar. Seine unverhohlenen Verstöße gegen internationales Recht sind die direkte Folge mangelnder Rechtsstaatlichkeit. Durch die Großoffensive gegen die Ukraine, die Kriegsverbrechen und die atomare Erpressung ist Russland zu einem Schurkenstaat geworden. Es ist daher im ureigensten Interesse des Westens, das aktuelle russische Regierungsmodell dauerhaft zu demontieren.

Wenn Putins Präsidentschaft endet, wird sich ein schmales Zeitfenster für politischen Wandel öffnen. Entgegen verbreiteter Befürchtungen könnte das Ende von Russlands autoritärer „Stabilität“ weniger eine Bedrohung sein als eine Chance zu nachhaltigem Frieden in Europa. Wenn dieser Moment kommt, muss der Westen gerüstet sein. Bevor die neue russische Führung ihre Macht festigt, sollten wir uns vorrangig bemühen, das Zeitfenster so lange wie möglich offen zu halten, damit es sich nicht erneut auf Jahrzehnte schließt.

I. Krieg als Fortführung innenpolitischer Ziele



Maria Domańska ist Senior Fellow am Centre for Eastern Studies (OSW) in Warschau.

Vieles spricht dafür, dass die russische Führung vor allem aus innenpolitischen Gründen in die Ukraine einmarschiert ist und einen Stellvertreterkrieg gegen die NATO begonnen hat. Der Einmarsch war als „Vorwärtsverteidigung“ gegen die – von der russischen Staatspropaganda als „Nazismus“ bezeichnete – liberale Demokratie geplant. Denn der

Kreml befürchtet, dass sich die Russen vom politische Empowerment der ukrainischen Gesellschaft anstecken lassen. Die letzte Warnung für Moskau kam vermutlich Ende 2021, als die Zustimmungswerte des Regimes in Umfragen absackten.¹

Damit war klar, dass eine weitere Erosion von Putins Legitimation nur eine Frage der Zeit war. Der Krieg sollte sowohl die „patriotische“ Hysterie gegenüber äußeren und inneren Feinden als auch das Syndrom der „besiegten Festung“ entfachen und die Russen dazu bringen, sich um den Diktator zu scharen. Die internationale Isolation wurde als annehmbarer Preis und zugleich als Chance gesehen, um die Diktatur durch eine beispiellose innenpolitische Repression zu festigen.

Die Ukraine muss jetzt alle militärische Hilfe erhalten, die sie braucht, um den Aggressor zu besiegen und die eigene territoriale Integrität umgehend wiederherzustellen. Außerdem muss das Land angemessene Reparationszahlungen erhalten und die Gewissheit haben, dass russische Kriegsverbrecher vor internationale Kriegstribunale gestellt werden, egal wie lange das dauert. Eine Straffreiheit für Russland hätte katastrophale Konsequenzen für die globale Sicherheit und die wirtschaftspolitische Ordnung der kommenden Jahrzehnte: Das

¹ Nach den Parlamentswahlen im September haben Umfragen des unabhängigen Lewada-Zentrums gezeigt, dass die Unterstützung für Putins Regime schwand. Genaueres s. Maria Domańska, „Russia 2021: Consolidation of a dictatorship“, OSW Commentary, 8. Dezember 2021, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2021-12-08/russia-2021-consolidation-a-dictatorship>

Die Russen müssen den Putinismus als neo- imperiales Projekt klar scheitern sehen.

Risiko einer Verbreitung von Kernwaffen würde steigen, und China würde seine Lehren aus dem Konflikt ziehen und sich durch Moskaus Sieg ermutigt fühlen, eigene revan-chistische Bestrebungen durchzusetzen.

Russlands de facto-Krieg gegen die NATO ist jedoch mit einem ukrainischen Sieg auf dem Schlachtfeld nicht vorüber. Solange anschließend nicht eine schwere Wirtschaftskrise und das Regime gefährdende politische Entwicklungen in Russland folgen, bedeutet eine militärische Niederlage lediglich einen vorübergehenden Rückschlag für Moskaus Aggressionskurs. Der revan-chistische Charakter des Putinismus macht eine friedliche Koexistenz mit Russland unmöglich. Nur ständige (und kostspielige) militärische Abschreckung könnte den russischen Militarismus davon abhalten, erneut die Landesgrenzen zu überschreiten. Bemühungen aus Berlin oder Paris, einen „Kompromiss“ mit Moskau zu finden, sind müßig. Die einzige „Sicherheitsgarantie“, die Putin akzeptiert, ist die Auflösung von NATO und EU als Zentren demokratischer Werte mit globalem politischen Einfluss.

Um in Zukunft massive Verwerfungen in Europa zu verhindern, muss man an die Wurzel der Sicherheitsbedrohung gehen. In Russlands gegenwärtigem politischen System trifft eine kleine Gruppe unter Umgehung jeglicher Kontrolle durch die breitere Elite und Gesellschaft Entscheidungen, die sich unmittelbar auf die internationale Sicherheit auswirken. Daher ist neben einem Wechsel der politischen Führung in Russland auch eine nachhaltige Demontage der autoritären Herrschaft vonnöten. Langfristiges Ziel des Westens sollte sein, dass Entscheidungsprozesse im Kreml im Einklang mit internationalem Recht stehen und von innenpolitischen Akteuren (Interessengruppen in den herrschenden Eliten und der Öffentlichkeit) kontrolliert werden. Selbst wenn sich Russland westlichen Interessen und Zielen nie anschließen sollte, so müssen doch mindestens Aggression und Kriegsverbrechen aus seinem außenpolitischen Arsenal verschwinden.

Bis heute hat der Westen nie wirklich versucht, Russland zu verändern, und seine Russland-Politik zudem auf drei irrigen Annahmen begründet: Erstens glaubte man, ein autoritäres System durch wirtschaftliche Zusammenarbeit beeinflussen zu können. Tatsächlich hat das Geld aus dem Westen nur dem Regime geholfen, die wenigen Keime demokratischer Institutionen, die in der Gorbatschow-Jelzin-Ära entstanden sind, zu ersticken. Zweitens herrscht noch immer der Glaube, dass Russlands politische und strategische Kultur, die auf Gewalt und Nullsummenspiel-Logik beruht, durch eine demokratische Kultur des Dialogs neu gestaltet werden kann. Drittens hat man die Menschenrechte in Russland nicht als essentiell für die europäische Stabilität erachtet – westliche Entscheidungsträger haben den Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik sträflich unterschätzt. Der Westen übt sich gegenüber Russland weiterhin in Zurückhaltung, da eine „Einmischung in Russlands innenpolitische Angelegenheiten“ für viele westliche Experten und Politiker ein Tabu bleibt. Doch diese Denkweise macht unsere Demokratien nur wehrloser gegenüber autoritären Regimen in Europa und darüber hinaus.

Solange Putin an der Macht bleibt, kommt eine freiwillige Kapitulation in der Ukraine oder eine politische Öffnung Russlands nicht in Frage. Doch man kann schon jetzt die nötigen Vorbereitungen für eine künftige Transformation des Landes treffen. Zuerst müssen die Russen den Putinismus als neoimperiales Projekt klar scheitern sehen. Nur eine rasche und vollständige militärische Niederlage kann das politische Establishment in Russland überzeugen, dass Krieg kontraproduktiv ist, sowohl als außenpolitisches Instrument als auch als Mittel zum Aufbau innenpolitischer Legitimation. Zudem müssen die wirtschaftliche und finanzielle Basis des Regimes durch schärfere Sanktionen konsequent geschwächt werden, damit die Regierung ihr Militärpotential nicht wieder aufstocken kann. Momentan sind die Sanktionen sowohl was Umfang als auch was Durchsetzung angeht, höchst inkonsequent.

Zweitens muss die Ukraine so schnell wie möglich wiederaufgebaut werden. Das Land muss zu einer starken, stabilen Demokratie und Marktwirtschaft innerhalb der EU und NATO werden. Ein NATO-Schutzschirm über der Ukraine wird dafür sorgen, dass EU-Wiederaufbau-Gelder nicht in einem weiteren Angriffskrieg verpuffen. Eine EU-Mitgliedschaft ermöglicht es, Ausgaben zu kontrollieren und mögliche Korruption im großen Stil zu verhindern.

Schließlich sollten – als Teil einer breit angelegten, langfristigen Strategie gegenüber Moskau – auch die russische Zivilgesellschaft und unabhängige Exil-Medien umfassend unterstützt werden. Das ist ein wichtiger Baustein, um politischen Wandel in Russland und damit auch Stabilität in Europa zu erreichen. Zwar können politische Emigranten alleine kaum den Zusammenbruch des Regimes herbeiführen, doch können sie nach ihrer Rückkehr eine unschätzbare ideologisch-organisatorische Basis für Reformen bilden.

II. Chancen für die Zeit nach Putin

Das Ende von Putins Herrschaft wird nicht automatisch zu tiefgreifenden Veränderungen im politischen System führen. Bisher hat sich der russische Autoritarismus stets problemlos reproduziert, denn er ruht auf einem stabilen Fundament: zum einen auf der patrimonialen Vorstellung, dass der Staat das persönliche Eigentum des Herrschers ist, zum anderen auf der Logik, dass bei sozio-politischen Interaktionen der Staat als Schutzpatron wahrgenommen wird.² Darüber hinaus zeigen Studien, dass der Übergang von einer personalistischen Herrschaft (wie der in Russland) weniger wahrscheinlich in eine Demokratie mündet als der Übergang von anderen Formen autoritärer Staatsführung.³

Doch mit Putins Abgang wird sich ein schmales Zeitfenster für politischen Wandel öffnen. Das Trauma des Krieges und seine negativen wirtschaftlichen und sozialen Folgen können einen fruchtbaren Boden für wirtschaftspolitische Reformen bilden. Die neue Führung wird im Vergleich zur jetzigen geschwächt und damit anfälliger für Druck von innen und außen sein. Das Streben nach einem besseren internationalen Image, nach externer Legitimation und einer breiten Unterstützerbasis im eigenen Land führt möglicherweise zu zwei qualitativen Rich-

tungswechseln: Erstens könnte Russland seine aggressive Außenpolitik im Tausch gegen die Aufhebung von Sanktionen zeitweilig einstellen; zweitens kommt es wahrscheinlich zu einer Liberalisierung der neototalitären Innenpolitik. Letztere gründet sich heute auf Personenkult, Massenindoktrination, Kriegszensur und die Einmischung des Staates in das Privatleben seiner Bürger.

Aufgrund der schweren Bürde der autoritären Pfadabhängigkeit ist eine Demokratisierung Russlands in absehbarer Zukunft unrealistisch. Doch pluralistische Strukturen ließen sich in einem frühen Stadium relativ unkompliziert in das politische System integrieren. Bevor die neue Führung ihre Macht festigt, sollte sich der Westen vorrangig bemühen, das Zeitfenster für Reformen weit aufzustoßen und so lange wie möglich geöffnet zu halten, damit es sich nicht erneut auf Jahrzehnte schließt. Dagegen ist natürlich Widerstand von denjenigen Gruppen zu erwarten, die unmittelbar verantwortlich für Kriegsverbrechen und politische Repressionen sind, so dass Reformen ohne konstanten Druck von unten und außen lange verhindert werden können. Der Westen muss die Lehren aus den Fehlern ziehen, die er in den 1990er Jahren gegenüber Russland begangen hat.

Unsere Mittel sollten auf transparenten Vergleichsgrößen beruhen und eine sorgfältig konzipierte Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche enthalten. Die Einzelheiten sollten vorher ausdiskutiert werden und die Interessen

2 M. Domańska, *Putinism after Putin. The deep structures of Russian authoritarianism*, OSW Studies, Warschau 2019, <https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-studies/2019-10-25/putinism-after-putin>

3 A. Kendall-Taylor, E. Frantz, *How Autocracies Fall*, *The Washington Quarterly* 37:1, 2014, S. 35–47.

und Bedürfnisse der gesamten russischen Gesellschaft berücksichtigen. Die EU- und NATO-Staaten sollten eine neue russische Regierung erst dann anerkennen, wenn diese die Zensur und andere politisch motivierte repressive Gesetze aufhebt, alle politischen Gefangenen freilässt, unabhängige Medien wieder erlaubt und freie Wahlen unter internationaler Beobachtung zulässt. Wenn die neue Führung weiterhin gegen Menschenrechte verstößt, sollten wir ein neues Sanktionspaket schnüren. Die Kosten neuer Einschränkungen wären für den Westen unbedeutend, da wir bis dahin nicht mehr abhängig von russischen Rohstoffen sind. Umgekehrt sollte die erfolgreiche Umsetzung von Reformen unter anderem zu einer schrittweisen Liberalisierung des Handelssystems mit Russland führen. Langfristig sollte sich der Westen um den Aufbau eines institutionellen Rahmens bemühen, um eine kontinuierliche Transformation sicherzustellen und die politischen Freiheiten der Opposition und Zivilgesellschaft zu garantieren.

Die westliche Strategie sollte weniger auf eine bestimmte politische Figur (einen „neuen Jelzin“) setzen als vielmehr auf flächendeckenden Dialog mit allen politischen Kräften – mit Ausnahme derjenigen, die in Kriegsverbrechen und politische Repressionen verstrickt sind. Außerdem muss der Westen intensive Kontakte zur breiten Öffentlichkeit aufbauen, auch als Puffer gegen mögliche künftige politische Spannungen.

Doch bevor sich die westliche Politik wandelt, müssen wir unser Denken über Russland revolutionieren. Dieses beruht häufig auf Ängsten und Irrtümern, die von der Kreml-Propaganda verbreitet werden. Sie führen dazu, dass sich der Westen bei der militärischen Unterstützung für die Ukraine und in Diskussionen über die eigene Rolle bei der künftigen politischen Transformation Russlands zurückhält.

III. Der Fetisch vom stabilen Russland: Nur eine schlaue Manipulation

Viele westliche Experten und Politiker äußern den fatalistischen Glauben, dass der Untergang des russischen Autoritarismus zum Zusammenbruch des Staates und einer tiefgreifenden Destabilisierung der gesamten Region führen würde. Doch zwischen Diktatur und gefährlichem Chaos liegt ein breites Spektrum an Optionen. Diese von vornherein auszuschließen bedeutet, Putins Spiel mitzuspielen, das seit Jahren funktioniert. Es beruht auf dem Dogma, dass Putins Russland das einzig mögliche Russland ist; da es unmöglich (oder zumindest extrem riskant) ist, dieses Russland zu verändern, hat man keine andere Wahl, als „pragmatische“ Deals mit dem aggressiven Regime zu schließen. Den Preis für diese Art der Manipulation zahlen wir seit dem 24. Februar 2022. Die Verfechter der „Stabilität über alles“-Doktrin vergessen, dass Russland noch nie so „stabil“ war wie unmittelbar vor dem Krieg,

als das Regime die gesamte politische Opposition zerstört hatte. „Perfekte Stabilität“ (die eigentlich künstlich ist, siehe unten) war nötig, um den militärischen Angriff auf die Ukraine zu starten.

Innerhalb des breiten Spektrums an politischen Szenarien ist eine wirkliche Föderation mit einer starken lokalen Selbstverwaltung das erstrebenswerteste und realistischste. Gewaltlose Mechanismen zur Benennung und Lösung von Konflikten können sich nur in einem dezentralisierten politischen System herausbilden. Eine Dezentralisierung politischer Macht und finanzieller Ressourcen würden Russland also in Zukunft berechenbarer, stabiler und rechtsstaatlicher machen. Die russische Öffentlichkeit verbindet „Demokratie“ nicht unbedingt mit einem System von Werten, Institutionen und Prozessen, doch Soziologen, Wirtschaftswis-

senschaftler und Bürgerrechtler berichten seit Jahren, dass Forderungen nach Selbstverwaltung und mehr Verantwortlichkeit von Beamten auch in den Provinzen immer lauter werden.

Ein Empowerment der Bevölkerung, einschließlich ethnischer Minderheiten, auf lokaler und regionaler Ebene ist ein wirksamer Impfstoff gegen das Wiederaufflammen des russischen imperialen Revanchismus. Geheilt werden kann die Großmannssucht, indem man den Bürgern die Möglichkeit gibt, ein „normales“ Leben zu führen und sich als „Miteigentümer“ ihres Staates zu fühlen. Das geschieht durch freie Wahlen und eine breite öffentliche Diskussion darüber, wie die neue Verfassung aussehen soll. Bislang hat der Westen Russlands ethnische und kulturelle Vielfalt komplett ignoriert und dadurch eine kolonialistische Mentalität an den Tag gelegt (die bis 2022 in Form der „Russland zuerst“-Politik auch gegenüber der Ukraine üblich war).

Es gibt keine logische Erklärung für die Befürchtung, dass Instabilität aufgrund von politischem Wandel, internen Machtkämpfen der Elite oder negativen wirtschaftlichen Folgen der Reformen zum Zusammenbruch des russischen Staates führen könnte. Keine der von ethnischen Minderheiten bewohnten Regionen hat das Potential zur Abspaltung, denn erfolgreiche separatistische Tendenzen werden durch einen oder mehrere Faktoren verhindert. Erstens sind die regionalen Regierungen weder legitimiert noch vertreten sie wirklich die Interessen der lokalen Bevölkerung. Zweitens hat das Modell des „Staatskapitalismus“ dazu geführt, dass die regionalen Haushalte finanziell massiv vom Haushalt auf föderaler oder Bundesebene abhängen und die Regionen wirtschaftlich unterentwickelt bleiben. Drittens grenzen die meisten dieser Regionen nicht direkt an andere Länder. Und schließlich bilden die nichtrussischen ethnischen Gruppen oft eine Minderheit in ihrer eigenen „nationalen Republik“, oder es fehlt ihnen an einer stabilen historischen, kulturellen und sprachlichen Identität, da diese vom föderalen Zentrum gezielt unterdrückt worden ist. Auch wenn in den Regionen

schon lange moskaufindliche Stimmungen spürbar sind, bedeutet das noch keine separatistischen Bestrebungen. Sie richten sich vielmehr zumeist gegen die föderale Moskauer Bürokratie mit ihren ausufernden Machtbefugnissen und ihrer Gier nach lokalen Ressourcen. Auch negative Erinnerungen an den Zerfall der Sowjetunion wirken radikalen Szenarien entgegen.⁴ Paradoxerweise könnte die Furcht vor dem Zusammenbruch des Staates und das Gefühl, „Russland könnte weg sein“, die Reformtendenzen zur Lösung föderal-regionaler Spannungen sogar bestärken.

Eine andere verbreitete Sorge unter westlichen Experten und Politikern ist die, dass im Falle innenpolitischer Unruhen jemand an die Macht kommen könnte, der „noch schlimmer als Putin“ ist. Es ist jedoch schwer vorstellbar, was noch schlimmer sein soll als jemand, der mitten in Europa einen Angriffskrieg entfesselt sowie Russland in einen brutalen, gesetzlosen Schurkenstaat verwandelt hat und noch dazu auf atomare Erpressung zurückgreift, um einer

Die Erfahrung, dass Beziehungen in Russland hauptsächlich mit Gewalt geregelt werden, ist ein grundlegendes Element der kollektiven Identität geworden.

Strafe zu entgehen. Nach dem Ende von Putins Präsidentschaft wird man sich wahrscheinlich auf eine Kompromissführung einigen, damit sich die Lage beruhigt und nicht noch weiter angeheizt wird. Die üblichen Schreckgespenster – wie der kampflustige Tschetschenenführer Ramsan Kadyrow, oder der berüchtigte Pate der „Wagner“-Söldnertruppe, Jewgeni Prigoschin – sind eher Putins Werkzeuge als autonome politische Akteure. Selbst wenn sie versuchen sollten, sich mit ihren Privatarmeen

⁴ Демократия вместо распада. Александр Кынев – о России регионов („Demokratie statt Zerfall. Aleksandr Kynev über ein Russland der Regionen“), Radio Svoboda, 3. August 2022, <https://www.svoboda.org/a/demokratiya-vmesto-raspada-aleksandr-kynev—o-rossii-regionov/31968400.html>

am Machtspiel zu beteiligen, werden sie keine Unterstützung aus dem breiteren wirtschaftspolitischen Establishment erhalten. Auch ist es unwahrscheinlich, dass sich der mächtige, doch tief gespaltene Repressionsapparat (die Siloviki) vereint und eine unabhängige Rolle im Kampf um die Macht spielt; allerdings könnte ein Teil davon durchaus zum Zünglein an der Waage werden. Wenn es zu gewaltsamen Machtkämpfen zwischen den wirtschaftspolitischen Clans kommt, sollte die Hauptsorge des Westens der Sicherheit von Russlands Atomwaffenarsenal gelten. Dieses muss – anders, als es jetzt unter Putin der Fall ist – in zuverlässige Hände gegeben werden.

Die wahren Gefahren für Russlands Nachbarn gehen nicht von einer möglichen „Destabilisierung“ des Landes aus, sondern von Putins Pseudo-Stabilität, die auf Repression, Massenindoktrination und der Kriminalisierung des Staates von oben beruht. Der Kreml hat das staatliche Gewaltmonopol ganz bewusst an kriminelle Gruppen und Privatarmeen (einschließlich der berüchtigten „Wagner“-Truppe) „outgesourct“. Die Banalität der Gewalt und die Abwertung des menschlichen Lebens werden noch lange ein soziales Problem bleiben:

Ein Großteil der russischen Öffentlichkeit hat offenbar keine klare Haltung zum Krieg und nickt die Entscheidungen der Regierung einfach ab.

Die Erfahrung, dass Beziehungen in Russland hauptsächlich mit Gewalt geregelt werden, ist ein grundlegendes Element der kollektiven Identität geworden. Der massenhafte Zufluss von Waffen und traumatisierten Kriegsveteranen aus der Ukraine verschärft dieses Problem weiter. Zudem sind die Russen von der Kreml-Propaganda vergiftet, die Genozid-Aufrufe und Hate-Speech verbreitet. Das hat die Sprache als Werkzeug zur Erklärung der Wirklichkeit zerstört, damit die zu „Zombies“ gewordenen Bürger die Existenz der Wahrheit grundsätzlich in Frage stellen. Keins dieser Geschwüre kann unter einem „stabilen“ Autoritarismus geheilt werden – sie eiteln nur, je mehr Zeit vergeht und je stärker sich Russland von der Außenwelt abschottet.

IV. Die russische Gesellschaft: fatalistisch aber nicht „genetisch autoritär“

Dass die russische Öffentlichkeit so empfänglich für den imperialen Diskurs ist, lässt sich vor allem auf zwei Faktoren zurückführen: erstens auf fehlende Medienvielfalt und die absolute Dominanz von Staatspropaganda im öffentlichen Raum; zweitens auf die Tatsache, dass historische Propaganda, Großmachtrhetorik und geopolitischer Revanchismus seit Jahrzehnten als Kompensation für die politische Entmachtung der Bürger, wirtschaftliche Not und fehlende Zukunftsvisionen dienen. Doch dieser Teufelskreis kann durchbrochen werden, und zwar durch politische Öffnung, freie Wahlen und Wirtschaftswachstum.

Eines der größten Hindernisse bei der Entwicklung einer Kommunikationsstrategie gegenüber der russischen Gesellschaft ist, dass es keine zuverlässigen Instrumente gibt, mit denen die öffentliche Meinung gemessen werden kann. Zuweilen wird gar die Sinnhaftigkeit von Meinungsumfragen unter Putins neototalitärer Herrschaft grundsätzlich in Frage gestellt. Aber die vorhandenen soziologischen Daten zeigen, dass die russische Gesellschaft kein Monolith ist. Schockierende Beispiele für kreml-treuen Hurra-Patriotismus sind bloß eine Seite der Medaille. Auch wenn darüber in den Medien viel berichtet wird, sind solche Ansichten doch nur für eine Minderheit



A burnt out russian tank in Kherson. Photo: Imago

charakteristisch, die geschätzt weniger als 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen. Radikale Kreml-Gegner stellen weitere 20 Prozent, während der Rest einfach abwartet und hofft, die schwierigen Zeiten „aussitzen“ zu können. Auch zwischen den Generationen sind die Russen politisch gespalten: Junge Menschen sind viel pro-westlicher eingestellt und haben eine viel stärkere Anti-Putin- und Antikriegshaltung als die Generation 50+.

Nichtsdestotrotz bewegt sich die erklärte öffentliche Zustimmung bzw. passive Akzeptanz des vom Kreml geführten Krieges weiterhin auf hohem Niveau (etwa 70 Prozent). Auch die steigenden Verluste der russischen Armee und das zunehmende Bewusstsein, dass die „militärische Sonderoperation“ nicht nach Plan läuft, haben nicht zu einem wesentlichen Stimmungswechsel im Land geführt. Ein großer Teil der Gesellschaft distanziert sich vom Kriegsthema und erst recht von aktiven Antikriegsprotesten. Das vorherrschende Gefühl von Machtlosigkeit führt noch mehr als die Angst vor Repressionen dazu, dass die Menschen die Situation einfach „aussitzen“. Außerdem sind Sozialleistungen vom Staat für Millionen von Familien oft die letzte Hoffnung, sich finan-

ziell über Wasser zu halten. Das verringert zusätzlich ihre Bereitschaft, sich regierungskritisch zu äußern.

Ein Großteil der russischen Öffentlichkeit hat offenbar keine klare Haltung zum Krieg und nickt die Entscheidungen der Regierung einfach ab. Würde der Kreml morgen eine politische Kehrtwende machen, wären die Menschen auch damit einverstanden. Ende 2022 hat das unabhängige Umfrageinstitut Russian Field festgestellt, dass weit über die Hälfte der Befragten sowohl einen neuen Angriff auf Kyjiw (58 Prozent) als auch die Unterzeichnung eines Friedensabkommens (70 Prozent) befürworten würden.

Ein großer Teil der russischen Bevölkerung greift nicht auf alternative Informationsquellen zurück – nicht unbedingt wegen der verschärften Zensur, sondern einfach, um kognitive Dissonanz zu vermeiden. Seit Jahrzehnten sind die russischen Machthaber bestrebt, die Gesellschaft zu atomisieren und horizontale Verknüpfungen zwischen den Bürgern zu zerstören. Zur fehlenden Aufarbeitung des sowjetischen Totalitarismus ist in den letzten Jahren eine unverhohlene Glorifizierung der imperialen Idee hinzugetreten, was die Rolle des Staates für den Zusammenhalt der Nation endgültig

festgeschrieben hat. Die nationalistische Kreml-Propaganda hat der Öffentlichkeit die messianische Botschaft eingeflüstert, dass die Russen anderen Nationen moralisch überlegen seien, weil sie 1945 den Nationalsozialismus (das „absolut Böse“) vernichtet haben. Eine Auseinandersetzung mit den schweren Kriegsverbrechen, die von der russischen Armee in der Ukraine verübt worden sind, würde die kollektive und individuelle Selbstachtung zerstören und die Frage nach der kollektiven politischen Verantwortung aufwerfen. Da das Staatsfernsehen eine viel bequemere Interpretation der Geschehnisse liefert als unabhängige Medien, bleibt es für zwei Drittel der Russen Hauptinformationsquelle – und das, obwohl (laut den unabhän-

gigen Meinungsforschungsinstituten Lewada-Zentrum und Russian Field) nur 50 Prozent den Staatsmedien vertrauen und 60 Prozent den offiziellen Angaben über die militärischen Verluste Russlands nicht glauben.

Darüber hinaus geben sich die Behörden große Mühe, den Bürger weis zu machen, dass Widerstand zwecklos sei und die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung aus bedingungslosen Putin-Anhängern bestehe. Regierungskritische Opposition wird mit dem Verstoß gegen soziale Normen oder „Verrat“ gleichgesetzt. Nicht zufällig ist eins der am häufigsten bemühten Propaganda-Klischees die Verunglimpfung von „Staatsfeinden“.

V. Eine neue „Zeit der Wirren“ ist nicht zwingend

Russlands Transformation wird ein mühsamer und nicht-linearer Prozess, doch die negativen Auswirkungen wirtschaftlicher und politischer Turbulenzen können durch verschiedene Faktoren abgemildert werden. Auch wenn die russische Wirtschaft überwiegend vom Staat kontrolliert wird, funktioniert sie doch größtenteils noch immer nach marktwirtschaftlichen Prinzipien. Kleine und mittelständische Unternehmen haben gezeigt, dass sie auch den Druckwellen des räuberischen Staatskapitalismus standhalten. Auf föderaler und regionaler Ebene gibt es genügend kompetente Bürokraten, um Reformentwürfe in die Tat umzusetzen, die vor langer Zeit von führenden Experten entwickelt worden sind. Zudem verfügt Russland über bedeutende intellektuelle Ressourcen im Ausland. Je früher sich die Gelegenheit zur Transformation ergibt, desto besser stehen die Chancen, dass die

Emigranten zurückkehren und sich der Brain Drain, der 2022⁵ womöglich bis zu eine halbe Million Menschen erfasst hat, teilweise umkehrt.

Allgemein unterschätzt und doch von unbezahlbarem Wert ist auch die russische Zivilgesellschaft, die eine organisatorische Basis für politische Transformation bilden kann. Putins Herrschaft hat sie landesweit unterdrückt, doch sie hat – wie auch kleine und mittelständische Unternehmen – durch ihre langjährige Vitalität gezeigt, dass sie unter günstigeren Umständen fähig ist, sich rasch zu regenerieren. Zudem sind die Vertreter der russischen Zivilgesellschaft, die ins Exil getrieben wurden, gerade dabei, sich neu aufzustellen. Viele von ihnen setzen ihr zivilgesellschaftliches Engagement fort und wenden sich dabei an Russen im In- und Ausland. Die meisten beabsichtigen, nach Russland zurückzukehren, sobald es

5 Демограф Алексей Ракша — ЕАН: потери от мобилизации в стране пока меньше, чем от COVID, („Demograph Aleksey Rakša auf der Nachrichtenseite EAN [Europäisch-asiatische Nachrichten]: Verluste durch russische Mobilmachung bisher geringer als durch Corona“) 12.12.2022, https://eanews.ru/news/demograf-aleksey-raksha-poteri-ot-mobilizatsii-v-strane-poka-menshechem-ot-covid_12-12-2022

wieder sicher ist. Dann werden sie einzigartiges Wissen über Best Practices westlicher Graswurzeldemokratie, Selbstverwaltung, Wahlsysteme und effektive Staatsführung dabei haben, das sie an die russischen Gegebenheiten anpassen können. Allerdings unterschätzen demokratische Oppositionspolitiker in Russland und im Exil oft das Potential zivilgesellschaftlicher Gruppen als ihre natürlichen Verbündeten und Basis.

Viele Russen im Exil beteiligen sich an Anti-Kriegs-Demonstrationen und organisieren Hilfe für die Ukraine oder ukrainische Geflüchtete. Viele Aktivisten und Journalisten (russischer und nichtrussischer Herkunft) setzen sich aktiv für die Neugestaltung des aktuellen Diskurses über Russland und seine Nachbarn ein und dekonstruieren dabei imperiale, koloniale und patriarchalische Klischees. Sollte eine Versöhnung zwischen Russland und der Ukraine jemals möglich sein, dann vor allem dank diesen Menschen. Und zu Hause erwartet sie die nächste schwierige Aufgabe: ihre Mitbürger durch eine schmerzhafteste, tiefgreifende Transformation der kollektiven Mentalität und Identität auf einen nicht-imperialen Weg zu führen.

Fazit

Wie wird Russland nach Putin aussehen? Das hängt zum großen Teil von der Bereitschaft des Westens ab, ernsthaft Einfluss auf das Land auszuüben. Eine vergleichbare Herausforderung hat es nur beim Aufbau der europäischen Sicherheitsarchitektur nach dem 2. Weltkrieg gegeben: 1945 bestand kein Zweifel daran, dass die Welt nur sicherer werden kann, wenn Deutschland von Grund auf neu erfunden wird. 2023 sollten wir uns nicht davor scheuen, eine Strategie für die Neuerfindung Russlands zu entwickeln. Genau wie in Deutschland wird die Aufarbeitung der totalitären, imperialen Vergangenheit Jahrzehnte dauern – doch möglich wird sie nur mit einem Impuls von außen.



Zentrum
Liberale
Moderne

Putin hat in Russland eine Diktatur etabliert, aber das Land ist nicht dazu verdammt, eine finstere imperialistische Macht zu sein. Ein demokratischer Wandel in Russland ist möglich und die freie Welt muss ihn unterstützen, schreibt Wladimir Milow.

Russlands Zukunft hängt immer mehr von uns ab. Ein entscheidender Sieg der Ukraine lässt das Ende des Putin-Regimes näherrücken. Der Westen muss auf diesen Moment vorbereitet sein, denn dann bietet sich kurze Zeit die Chance, dass Russland den Weg von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit einschlägt, schreibt Maria Domańska.

Gefördert vom



Auswärtiges Amt

Herausgegeben
im Februar 2023 vom

Zentrum Liberale Moderne
Reinhardtstraße 15
10117 Berlin

+49 (0)30 - 13 89 36 33
info@libmod.de